

Koordinierung und Kooperation

Auf der Metaebene der Gesellschaft

Gesellschaft ist immer komplex. Kooperation und Vereinbarungen zwischen Menschen benötigen Zeit und Energie – die sich aber lohnen angesichts der Vorteile, die dem Einzelnen durch das gesellschaftliche Zusammenwirken entstehen. Es ist in der Regel nicht notwendig, Menschen zu sozialen Beziehungen mit anderen zu überreden, weil die Vorteile auf der Hand liegen.

Kooperation und Absprachen im Alltagsgeschehen und unmittelbaren Lebensumfeld sind dabei einfach anzugehen, weil Menschen direkt angesprochen werden können. Ähnlich sieht es bei zwar überregionalen, aber überschaubaren Projekten aus, wenn Telefonate, schriftlicher Austausch oder einzelne Treffen reichen, um die notwendigen Absprachen zu treffen. Doch damit ist nicht alles erklärt und ausgeschöpft, was Gesellschaft auszeichnet. Typisch sind ebenfalls große Verknüpfungen – und hier erreicht die Handlungsfähigkeit der Einzelnen ihre Grenzen. Der Austausch von Rohstoffen, überregionale Mobilität, die Streuung allen Wissens weltweit – wie funktioniert das? Wer organisiert das? Bedarf es nicht privilegierter Handlungsmöglichkeiten, um das zu verwirklichen?

Mit dieser Frage haben sich schon viele beschäftigt, entsprechend viele Vorschläge sind auch entstanden. Sie unterscheiden sich in der Intensität, wie den einzelnen Menschen Mitgestaltungsmöglichkeiten verbleiben sollen und wie stark die Zentralisierung und der Missbrauch von Macht begrenzt werden sollen.

Zentrale Steuerung

Dezentralisierung der Macht oder Stärkung der UNO bis hin zu einer Weltregierung? Entlang dieser Linie laufen heute die machtpolitischen Debatten. Seltsamerweise bilden sich dabei nicht zwei Lager, sondern es sind teilweise die gleichen Personen, die völlig widersprüchliche Forderungen stellen – sie kämpfen einerseits für eine Stärkung der Regionen und Verlangen gleichzeitig den Kompetenzausbau internationaler Gremien. Erklärbar ist das aber doch recht einfach: Eine Herrschaftsanalyse findet gar nicht statt. Stattdessen schauen die IdeengeberInnen durch eine rosarote Brille verkämpfter Macht und wähen in Regionen und Weltinstitutionen vor allem gnädige und weise Persönlichkeiten, während in Nationalparlamenten oder EU-Bürokratie nur rücksichtslose Apparatschiks sitzen. Eine solche Politikanalyse diskreditiert sich von selbst, ist aber in allen relevanten Parteien prägend. „Aus der Region“ ist Qualitätsbegriff für sich – und die Popularität von UN-Bediensetzten oder internationalen Gerichtshöfen ist kaum steigerbar. Scharfsinniges Denken, vor allem der Blick durch die schon benannte Herrschaftsbrille, fehlt: Wohin flieht jemand, der von einer Weltregierung politisch verfolgt wird? Wie entwickelt sich das Verhältnis von Peripherie und Metropole, wenn diese weltweit einheitlichen Prozessen unterliegen? Von wo werden regierungskritische Botschaften gesendet, wenn Fernsehen, Funk und Internet einer globalen Behörde unterstehen?

Die nationalen Abgrenzungen sind alles andere als emanzipatorisch – und das Binnenverhältnis in den Staaten alles andere als freiheitlich. Aber die Aufteilung der autoritären Macht auf mehrere Regime schafft Gegensätze, zwischen denen letzte Freiräume erhalten bleiben.

Nicht alle Modelle zentraler Steuerung gehen von einer gewählten oder durch die Nationalstaaten bestimmten Institution aus. Ohne diese Legitimationsrituale kommen Einheitsparteien, religiöse oder weltliche Führer aus. Ihnen werden stattdessen besondere Eigenschaften nachgesagt, z.B. von Gott auserwählt zu sein, dessen Wort zu verkünden, die Arbeiterklasse zu repräsentieren oder kraft Vererbung in die Fußstapfen der bisherigen MachthaberInnen zu treten. Eine besondere Variante, die mit vielen politischen Richtungen verbindbar ist, stellen VolksführerInnen dar. Sie können Legitimationskonstrukte mit Direktwahlen des/r FührerIn verbinden. Die Abstimmungsrituale bilden die höheren Weihen zur legitimierten Ausübung von Herrschaft. Der völkische Faschismus enthält solche Ideen ebenso wie linksautoritäre Regierungen (z.B. Chavez in Venezuela oder Lukaschenko in Weißrussland). VordenkerInnen der Mehr-Demokratie-Bewegung fordern Volksabstimmungen und eineN vom Volk gewählteN PräsidentIn – die Ähnlichkeiten solcher Modelle sind unübersehbar.

Demokratische Legitimation

Eine Möglichkeit zentraler Planungs- und Abstimmungsprozesse wäre die Durchdemokratisierung der Gesellschaft. Möglich sind direkt-demokratische Entscheidungen (also Abstimmungen aller über konkrete Fragestellungen) und repräsentativ-demokratische Gremien, d.h. die Vielen wählen Wenige, die dann entscheiden. Mischungen sind vorstellbar, zumal direkte und repräsentative Demokratie unterschiedlicher erscheinen als sie sind. Tatsächlich stellen beide Einheitswillen aus Vielfalt her, direkte Demokratie braucht genauso der Vorbereitung von Entscheidungen wie repräsentative Demokratie. Die Formulierung der Fragestellung, die Auswahl der Abstimmungsberechtigten und der zur Wahl stehenden Alternativen und die sie begleitenden Deutungen und Diskurse stellen die eigentliche Form der Machtausübung dar, während die Abstimmung in der Regel nur noch nachvollzieht, was diskursiv hergestellt wurde. Alle genannten Einflussnahmen aber geschehen in den gesellschaftlichen Eliten – ganz gleich, ob am Ende ein „Volk“ oder ein Parlament über das vorgekaute Paket abstimmt.

Demokratie inszeniert sich als Kooperation der Vielen. Sie löst damit das Problem, dass es nicht gelingt, die gesamten gesellschaftlichen Strukturen und Abläufe in direkter Vereinbarung der Vielen zu organisieren. Stattdessen geben diese ihre Kompetenz an Gremien ab, denen sie die Entscheidung überlassen (repräsentativ-demokratisch) oder in scheinbar freier Abstimmung (direkt-demokratisch) mitgeben. Ab dem Moment der demokratischen Abstimmung sinkt dann das Mitbestimmungsniveau der Einzelnen auf Null oder nahe Null ab. Einige Rechtsstaaten kennen BürgerInnenbeteiligungsformen z.B. bei Planungsvorhaben, aber diese gehen nie über eine beratende Funktion hinaus. Vor allem im kommunalen Sektor können BürgerInnen per Volksabstimmung im Einzelfall eine gefallene Entscheidung wieder korrigieren – aber auch das immer nur mit erheblichem Aufwand, bei konkreten Fragestellungen (die teilweise von den Themen her eingeschränkt sind) und einhergehend mit der Vereinheitlichung der Meinungsvielfalt auf Ja-Nein-Fragen.

Ein noch grundlegenderes Problem steckt in der Demokratie: Der „demos“, also die Abstimmungsgemeinschaft, muss definiert werden. Wer gehört dazu, wer nicht. Ein klares Innen und Außen ist notwendig, aber das kann nur durch einen Vorgang der Machtausübung erfolgen. Denn selbst kann sich eine Menge von Menschen nicht als Innen gegenüber dem Außen definieren, schließlich fehlt ihr zu der Entscheidung, wo die Grenze zu ziehen ist, ja noch genau die Legitimation, weil es die Grenze noch nicht gibt. Wer abstimmen darf, muss – ganz logisch betrachten – auf einer nicht legitimierten Entscheidung beruhen, weil demokratische Legitimation erst entsteht, wenn klar ist, wer abstimmen darf.

Räte

Eine dritte Möglichkeit sind Räteysteme. Auch hier gibt es etliche unterschiedliche Vorschläge. Immerhin steckt in ihnen eine immanente Kritik an zentraler Steuerung und an demokratischer Legitimation. Das ist aus emanzipatorischer Sicht ein Fortschritt. Allerdings lassen viele Vorschläge für Räte andere Aspekte der Herrschaftsausübung außer Acht.

Räte sind immerhin ein Versuch, das Problem nicht legitimierter Entscheidungsebenen und nicht rückholbarer Stellvertretung zu lösen. Das Motiv, Kooperation und Koordination nicht nur dem bloßen Zufall zu überlassen, ist ebenso erkennbar wie die Furcht vor einer leicht lenkbaren Masse ohne Differenz, wenn keine feste Binnenstruktur vorhanden ist.

Was aber sind nun Räte? Grundidee ist, dass sich Menschen in ihnen zusammenfinden, die an einer Sache interessiert sind oder konkrete Anliegen einbringen. Diese bilden dann aus Delegierten der Basisräte eine nächste Ebene – und so immer fort theoretisch bis zum Weltrat. Es ist also eine Pyramide, aber mit umgekehrten Machtverhältnissen. Zumindest der Theorie nach bestimmt die Basis über die zentralen Räte. Daher sind solche Räteysteme auch eine typische innere Organisationsform in der Basisdemokratie.

Allerdings gehen die konkreten Vorschläge zur Umsetzung sehr weit auseinander. Über die Art, wie die Delegierten bestimmt werden und welche Rechte sie haben, herrschen große Unterschiede. Weit verbreitet ist die Idee, dass die Delegierten fest an das Votum der sie entsendenden Räte gebunden sind (imperatives Mandat).

Die folgenden Texte benennen Vorschläge für die Funktionsweise von Räten – durchaus nicht einheitlich.

Auf Wikipedia

Die Räte werden auf mehreren Ebenen gewählt: Auf Wohn- und Betriebsebene werden in Vollversammlungen Abgesandte in die örtlichen Räte entsandt. Diese delegieren wiederum Mitglieder in die nächsthöhere Ebene, die Bezirksräte. Das System der Delegierung setzt sich bis zum Zentralrat auf staatlicher Ebene fort, die Wahlvorgänge geschehen somit von unten nach oben. Die Ebenen sind meist an Verwaltungsebenen gebunden und haben ein imperatives Mandat, das heißt sie sind an den Auftrag ihrer Wähler gebunden – im Gegensatz zum Freien Mandat, bei dem die gewählten Mandatsträger nur „ihrem Gewissen“ verantwortlich sind. Die Räte können demgemäß von ihrem Posten jederzeit abgerufen oder abgewählt werden.

Auf www.anarchismus.at über die Abläufe im Räteystem

Jeder Rat ist grundsätzlich autonom (unabhängig). Zur Bewältigung bestimmter Probleme oder zur Bildung von Räten, die sich überregional organisieren müssen (z.B. Transportwesen, Post usw.) wählt der Rat sogenannte Delegierte. Grundsätzlich hat jedes Mitglied eines



Kritik der Demokratie allgemein und der Stellvertretung sowie der Konstruktion von Volk im Besonderen über www.demokratie-total.de

Rates das aktive und passive Wahlrecht, d.h. er/sie kann wählen und gewählt werden. Die Delegierten bilden dann wieder einen Rat, der sich nach denselben Prinzipien organisiert wie eben beschrieben. Hierbei ist immer gewährleistet, dass die, die das meiste Vertrauen in der Bevölkerung genießen, und sich mit dem Problem, um das es gerade geht, gewählt werden. Im Gegensatz zum bürgerlichen Parlament kennt jedeR die Delegierten, die er/sie mir den Aufgaben betraut gut. Dies ist eine klare Organisation von Unten nach Oben. ... Wenn einE DelegierteR gewählt ist, bekommt er/sie von seinem/ihrer Rat einen Auftrag. Man sagt ihm genau, was er/sie zu tun und was er/sie zu lassen hat. Dies ist die eigentliche Aufgabe des Rates, in ihm werden die anstehenden Probleme diskutiert; jedeR kann sich äußern, jedeR kann argumentieren und mensch versucht die für alle einleuchtendste Lösung zu finden. Wird eine Lösung vorgeschlagen, so können alle sicher sein, dass sie von einer ganzen Reihe von Leuten, die auf diesem Gebiet Erfahrung haben, gewissenhaft durchdiskutiert wird. Die Einzelheiten sind dann mehr oder weniger dem/der Delegierten überlassen. DieseR ist aber wieder den ursprünglichen Räten laufend Rechenschaft schuldig. Weicht die Arbeit der Delegierten von den Beschlüssen des Rates ab, ohne dass es dafür vernünftige Gründe gibt, werden diese sofort abgesetzt und neue Delegierte, die das Vertrauen besser rechtfertigen, gewählt. Dieses Prinzip nennt man „imperatives Mandat“. So entscheidet also in jedem Fall der unterste Rat und nicht der Delegiertenrat, was gemacht wird. Wie wir sehen, löst dieses System alle Mängel, die wir im Kapitel über die bürgerliche Demokratie und über den autoritären Sozialismus an allen gegenwärtigen Systemen festgestellt haben. Das Räte-system, mehr als einmal erprobt, garantiert eine echte lebendige Volksdemokratie in allen Lebensbereichen. Es sorgt dafür, dass jedeR die gesellschaftliche Organisation gänzlich durchschauen, in sehr vielen Dingen mitreden kann und, dass sich keine Führungsschichten bilden können. Die gesellschaftliche Organisation, Produktion und Verteilung wird also rationell (ohne Umwege) und den Bedürfnissen des Volkes entsprechend organisiert. Eine bedeutende Bewegung der Selbstverwaltung (= System der Gesamtheit aller Räte) finden wir vor allem in Frankreich in der Mitte des vorigen Jahrhunderts: die Genossenschaften.

Die meisten Beschreibungen von Räten sind unkritisch bis naiv oder träumerisch. Denn es ist schnell erkennbar, das von den Basisräten nach mehreren Stufen bis zum nationalen oder Weltrat nicht mehr viel übrig ist. Die Vollversammlungen an der Basis sind nur noch über etliche Stufen mit dem zentralen Rat verbunden, Informationsflüsse wären folglich intensiv gefiltert. Funktionierende Modelle im kontinentalen oder gar globalen Maßstab sind bislang auch noch unbekannt.

Auch das imperative Mandat wirft schnell viele Fragen auf: Was geschieht in der zweiten Stufe der Delegation, wo die Delegierten ja Mitglied einer Basisversammlung und eines Rates erster Stufe sind. An welches Votum sind sie gebunden? Eine Stufe weiter sind alle schon in drei Räten Mitglied usw. Und wie lässt sich überhaupt überprüfen, wie ein Delegierter sich im weit entfernten Rat verhält?

Ein besonderer Typ von Räten sind fest installierte Räte mit Entscheidungs- und Handlungskompetenz. Die Arbeiter- und Soldatenräte alter, kommunistischer Entwürfe gehören zu solchen Räten, deren Legitimation ausschließlich aus der Ideologie folgt, dass Arbeiter und (warum eigentlich die?) Soldaten die zur Führung berufenen Klasse sind.

Aus Wilde, Oscar (1970): „Der Sozialismus und die Seele des Menschen“, Diogenes (S. 16f)
Aber ich gestehe, viele sozialistische Anschauungen, denen ich begegnet bin, scheinen mir mit unsauberen Vorstellungen von autoritärer Gewalt, wenn nicht tatsächlichem Zwang behaftet zu sein. Autoritäre Gewalt und Zwang können natürlich nicht in Frage kommen. Alle Vereinigung muss ganz freiwillig sein. Nur in freiwilligen Vereinigungen ist der Mensch schön.

Anarchistische und basisdemokratische Modelle versuchen, mit weiteren Festlegungen die Probleme der Räteysteme zu minimieren. Neben dem imperativen Mandat und der jederzeitigen Abrufbarkeit finden sich Konsensprinzip oder der völlige Verzicht auf Entscheidungen auf höherer Ebene. Die dortigen Räte sind ausschließlich zum Zwecke der Koordinierung da und müssen ihre Beschlussvorschläge immer wieder von den darunter liegenden Räten absegnen lassen (was nicht nur schwerfällig wirkt, sondern bei mehrfach gestuften Räteystemen wiederum die Frage aufwirft, wer denn nun die Basis des Ganzen ist – die Basisversammlungen als untere Stufe der Pyramide oder die jeweils unter einem Rat liegende Ebene).

Aus Grosche, Monika (2003): „Anarchismus und Revolution“, Syndikat A in Moers (S. 18) *Die anarchistische Gesellschaft baut sich im Räteprinzip basisdemokratisch – „von unten nach oben“ – auf. Auf der Grundlage von Gleichberechtigung und Freiwilligkeit bilden Gesellschaft und Individuum einen untrennbaren Organismus.*

In diesem Organismus wird sowohl dem natürlichen Freiheitswillen, als auch dem Bedürfnis nach Geselligkeit des Menschen entsprochen, er bildet die einzig wirkliche Form des demokratischen Zusammenlebens.

Konkrete Vorschläge für Räte (Quelle: www.anarchismus.at/txt2/anarchie2.htm)

Die Räte bilden das Prinzip, das der Selbstverwaltung zugrunde liegt. Sie sind von den bisher bekannten gesellschaftlichen Organisationsformen die demokratischste. Hundertmal an verschiedenen Stellen der Erde sind sie immer aufgetaucht. Erfinder dieser Organe ist das revolutionäre Volk. Immer waren die Räte die spontane Antwort der unterdrückten Massen gegen ihre Unterdrücker; stets kam in ihnen ein völlig entgegengesetztes Konzept gesellschaftlicher Organisation zum Ausdruck als das herrschende. Wir finden sie in der französischen Revolution von 1789, in der Pariser Commune von 1871, in der russischen Revolution von 1905 und in der Oktoberrevolution sind sie ein fester Bestandteil des revolutionären Prozesses. 1921 finden wir sie in Kronstadt und 1936 entwickeln sie sich zum Träger der Revolution – auch 1956 im Ungarn, 1969 in Italien und 1971 in Polen tauchen sie wieder als Organe der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker auf. Es gibt unzählige Beispiele mehr. Die Räte sind sowohl geographische als auch sachliche Organisationsformen. Sie können sich überschneiden, d.h. es gibt z.B. den Rat eines Dorfes, einer Stadt oder eines Landstrichs, je nach Größe und Einwohnerzahl. In diesem Gebiet organisieren sich Räte nach sachlichen Zusammenhängen, so z. B. am Arbeitsplatz, in der Fabrik, im Transportwesen, in den Krankenhäusern, Universitäten und Schulen, auf den Bauernhöfen, ja sogar in den Familien, Stadtteilen und Bezirken. Es kann auch andere sachliche Zusammenhänge geben, wie den Rat der Frauen, den der Alten, der Körper„behinderten“, der VerbraucherInnen usw. Jeder Rat ist im Grunde nichts weiter als die Versammlung aller Menschen, die unter einen bestimmten Bereich fallen und an ihm teilnehmen möchten. Die Teilnahme und Mitarbeit ist freiwillig, demzufolge auch die Unterwerfung unter die Beschlüsse des Rates, sowie der Genuss der durch ihn erzielten Ergebnisse. Die Räte versammeln sich in bestimmten Abständen und vor allem immer dann, wenn wichtige Probleme zur Lösung anstehen. Damit sie arbeitsfähig bleiben, sollten die Räte klein gehalten werden. (Es wäre z. B. unsinnig, einen Rat von Wien oder Europa zu bilden.

Aus Fuchs, Christian (2001): „Soziale Selbstorganisation im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus“, Selbstverlag (S. 209 ff.)

Nach anarchistischen Vorstellungen sind in Föderationsräten Delegierte der unterhalb der Föderation liegenden organisatorischen Einheiten vertreten. Die unterschiedliche Gestaltungsweise dieser Räte hat Einfluß auf den Inklusions- und Exklusionsgrad der entstehenden sozialen Informationen. Eine wesentliche Frage besteht darin, ob Delegierte entscheidungsbefugt sind oder ob sie als reine kommunikative Schnittstellen betrachtet werden. Viele Räte Modelle gehen davon aus, dass Delegierte von ihrer Basis gewählt werden sollen und jederzeit von ihr abberufen werden können. Damit ist die Vorstellung verbunden, dass

diese Delegierten im eigenen Ermessen in Föderationsräten entscheiden. Es entsteht damit aber die Gefahr der Loslösung von Entscheidungen von ihrer Basis. Insbesondere ist dies problematisch, wenn es mehrere Föderationsstufen gibt und dieselben Delegierten die Möglichkeit haben, in mehreren Stufen vertreten zu sein und unabhängig von ihrer Basis Entscheidungen zu treffen. Es kann dann sehr leicht, so entsprechende anarchistische KritikerInnen, zur Ausbildung von Hierarchien und asymmetrischer Machtverteilung kommen. Ist dies der Fall, so werden der Selbstorganisations- und Inklusionsgrad der in den Föderationsräten entstehenden sozialen Informationen deutlich abgeschwächt. Entscheidungen, die in Föderationsräten entstehen, betreffen viele Menschen. Im beschriebenen Fall, hat aber nicht mehr jedeR dieselbe Möglichkeit, Entscheidungen zu beeinflussen. Delegierte haben dann mehr Macht als ihre Basis.

Wiederum anders zu betrachten ist das erläuterte horizontale Modell, das davon ausgeht, dass Delegierte keinen Spielraum zur selbständigen Entscheidung bekommen sollten, sondern Kommunikationsschnittstellen zwischen organisatorischen Einheiten oder Interessensgruppen darstellen. Soll eine Entscheidung getroffen werden, so treffen Delegierte aller Einheiten und Interessensgruppen, die davon betroffen sind, zusammen und diskutieren das Problem. Sie können allerdings keine Entscheidungen treffen, müssen also wiederum Rücksprache mit ihren Basen halten, deren Meinung sich durch den übergreifenden Diskussionsprozeß möglicherweise geändert hat. Die Delegierten vertreten die Interessen ihrer Basis in Diskussionen mit anderen Gruppen und sind Kommunikationsschnittstellen zwischen ihrer Basis und den Menschen, die sich in anderen Gruppen und Einheiten organisieren.

Über Ralf Burnicki: „Die anarchistische Konsensdemokratie“ (Transkription eines Videos von O. Ressler, aufgenommen in Bielefeld, Deutschland, 29 Min., 2005)

Festzuhalten bleibt, dass auch überregionale Entscheidungen möglich sind. Konsensentscheidungsprozesse machen sich nicht an einer Region oder überregionalen Maßstäben fest, sind allerdings auch nicht auf die Größe eines Millionenstaates wie die Bundesrepublik übertragbar. Zur Regelung öffentlicher Angelegenheiten, z. B. dem Bau einer Straße oder dem Bau einer Schule – wenn es denn Schulen gibt und wir uns darauf verständigen können –, oder der Regelung von Elektrizität, ist es schon notwendig, dass sich Kommunen und Regionen überregional verständigen und von dem Bedarf und den Bedürfnissen der Einzelnen und Gruppen ausgehen, die in den Kommunen leben. Sie könnten nun zur Regelung solch öffentlicher Belange Zwischengremien zwischen den verschiedenen Kommunen und Regionen einführen. Diese Zwischengremien versuchen, Vorschläge zur Bewältigung eines Problems zu entwickeln. Von hier ausgehend gehen die Vorschläge an die Basisgruppen und Kollektive zurück. Dabei ist es wichtig, dass nur solche Vorschläge umgesetzt werden, die die Zustimmung aller Beteiligten und Betroffenen finden. Es soll also ausgeschlossen sein, dass eine Gruppe, die einem Vorschlag widerspricht, weil sie negativ betroffen wäre, übergangen wird. Das hat Gunar Seitz in einem Artikel wunderbar beschrieben: Wenn ein Mensch oder eine Gruppe sich negativ betroffen sieht, weil sie einen materiellen Verlust erleidet – die Straße würde z. B. dort gebaut, wo jetzt das Haus steht, in dem Menschen wohnen – ist eine solche Entscheidung eine herrschaftliche, da sie zu Gunsten der Bedürfnisbefriedigung einer Mehrheit über die Bedürfnisse von Minderheiten hinweg gefällt werden würde. Das geht in einer anarchistischen Gesellschaft nicht. Die Zwischengremien hätten keinerlei Entscheidungsfunktion, sie wären Diskussionsgremien, Kreise, in denen sich alle Betroffenen einfinden können, um mit zu diskutieren. Ziel ist es dabei, einen Vorschlag, der für alle Seiten gangbar ist, heraus zu arbeiten und diesen Vorschlag an die Basisgruppen zurückzugeben. Auf diese Weise würde eine überregionale Kooperation möglich. Um sich das vorzustellen, dass das auch tatsächlich umsetzbar und realisierbar ist, braucht man sich heute nur vorzustellen, dass auch die Post auf der Ebene von Staaten und auch zwischen Staaten funktioniert, ohne dass es eine Weltpostbehörde gibt. Menschen sind also durchaus in der Lage, mit Hilfe von Gremien auch überregionale Belange zu organisieren.

Aus Fotopoulos, Takis (2003): „Umfassende Demokratie“, Trotzdem in Grafenau (S. 427 ff.) *Demotische Versammlungen fördern sich auf der regionalen, nationalen und schließlich auch kontinentalen und globalen Ebene. Föderale Versammlungen bestehen aus (normalerweise per Rotations- oder Zufallsprinzip ausgewählten) Delegierten, die von den demotischen Versammlungen jederzeit wieder abberufen werden können. Die Funktion der föderalen Versammlungen besteht nur in der Implementierung und Koordinierung der politischen Entscheidungen der demotischen Versammlungen.*

Wie groß die Verwirrung über Rätssysteme ist, zeigen anarchistische Texte, in denen Räten plötzlich umfangreiche Rechte eingeräumt werden – sie erscheinen plötzlich wie Regierungen und Parlamente in einem. Falls es Konflikte gibt, übernimmt ebenfalls ein Rat die Rolle der Justiz. So enthielt ein deutschsprachiger Anarchietext den Vorschlag, die gesamte gesellschaftliche Macht auf vier Räte zu verteilen – eine Art der Gewaltenteilung, die dem modernen Rechtsstaat ziemlich ähnlich wirkt.

Aus Stehn, Jan (1995): „Eine Struktur für die Freiheit“

Der politische Bereich – vier regionale Räte:

- *Der Kapitalrat vergibt den gesellschaftlichen Reichtum als Kredit.*
- *Der Ökologierat setzt die ökologischen Rahmenbedingungen. Naturschutzgebiete begrenzen die Bodennutzung. Umweltauswirkungen der Betriebe und Projekte werden erfaßt und über Ökosteuern ein finanzieller Anreiz gegeben, negative Umweltfolgen zu reduzieren.*
- *Der Sozialrat finanziert ein Gesundheitswesen, das kostenlos genutzt werden kann.*
- *Der Konflikttrat ist den anderen Räten übergeordnet und wird aktiv, wenn er angerufen wird, von Menschen, die sich in ihrer Freiheit ungerechtfertigt beschränkt oder geschädigt sehen. ... Der Konflikttrat mobilisiert die gesellschaftliche Selbstverteidigung gegen Menschen, die (wiederholt) sich der Bearbeitung eines Konfliktes verweigern: Öffentliche Nennung des Konfliktes und des 'Konfliktverweigerers', sozialer und ökonomischer Boykott, Beschlagnahmungen u.ä. ...*

Aber AnarchistInnen sind oft ziemlich theorielose Gutmenschen – sozialisiert im Kern des Gutmenschentums, dem BildungsbürgerInnentum. Dort wird der Gedanke an strukturelle Herrschaftsförmigkeit und diskursive Beeinflussung oft weggewischt. Es dominiert der Appell an den Menschen: Alles wird gut, wenn wir es nur wollen und danach handeln ...

Eine Verbesserung könnten eventuell Kombinationen der verschiedenen Modelle, also demokratischer und Rätssysteme, bringen – sichtbar aber auch nur begrenzt. Etliche Formen von Herrschaft lassen sich aus einem Pyramidenaufbau eben nicht herausbringen.

Aus Michael R. Krätke, „Eine andere Demokratie für eine andere Wirtschaft“, in: Widerspruch 55 (2/2008, S. 9 f.)

Kann man sich eine funktionierende Wirtschaftsdemokratie ohne Parlamente, ohne politische Parteien, ohne allgemeine Wahlen vorstellen? Das wäre die Rätedemokratie, die ebenso funktional und territorial gegliedert sein kann wie heutige parlamentarische Demokratien. Ohne Repräsentation, ohne bindende Entscheidungen der gewählten Vertreter, ohne Wahlen, ohne eine funktionierende Arbeitsteilung zwischen Verwaltung, Regierung und Kontrolle (bzw. Justiz), ohne Kompetenzverteilung, ohne Hierarchie kommt auch eine Räteorganisation nicht aus. Sie braucht sogar, das wird Jürgen Habermas freuen, eine Art von Parlamentarismus im alteuropäischen Sinn des Wortes: Das Volk, das arbeitende wie das nichtarbeitende, weiß auch bei hinreichender Allgemeinbildung keineswegs immer schon, was es will. Kollektive Entscheidungen lassen sich eben nicht, wie nach (neo)liberaler Phantasievorstellung, bruchlos in individuelle Entscheidungen auflösen. Kollektive und individuelle Entscheidungen haben unterschiedliche Zeithorizonte und unterschiedliche Reichweite. Kollektive Entscheidungen über gemeinsame, gesellschaftliche Angelegenheiten, im

einzelnen Betrieb ebenso wie in der Gesamtwirtschaft, müssen vorbereitet, ermöglicht werden; ein kollektiver, politischer Wille muss geformt werden. Vor allem dann, wenn statt der Routine des Business as usual Entscheidungen über die stets unsichere Zukunft anstehen.

Das braucht öffentliches, allgemein zugängliches Wissen, das braucht Zeit und Gelegenheit zur öffentlichen Debatte des Für und Wider.

Idealiter wäre das die zentrale Aufgabe eines parlamentarischen Systems – einschließlich der politischen Parteien. Weil aber nicht alle Gesellschaftsmitglieder Arbeiter/innen sind, weil es verschiedene Arten und Grade der Beteiligung an der Produktion, Verteilung und Verwendung des gesellschaftlichen Reichtums gibt, haben demokratische Sozialisten und Sozialistinnen für eine duale Struktur plädiert: Zwei Säulen demokratischer Organisation sollten einander stützen und ergänzen, die parlamentarische Säule für alle Bürger/innen ohne Unterschied und die Rätensäule, die als demokratische Organisation des Systems gesellschaftlicher Arbeit funktioniert. ...

Die übersehenen Problem aller Modelle: Eliten, Ressourcen, diskursive Macht

Dass eine zentrale Person oder Institution als Inhaberin der Führung emanzipatorischen Ideen widerspricht, dürfte selbsterklärend sein (auch wenn die Faszination, die eine Stärkung der UNO ständig auszustrahlen scheint, selbst das gar nicht so eindeutig wirken lässt). Die Fragwürdigkeit demokratischer Legitimierung und Entscheidung ist an anderer Stelle intensiv dargestellt.



Kritik der Demokratie unter
www.demokratie-total.de.vu.

Buch „Demokratie. Die Herrschaft
des Volkes. Eine Abrechnung“
(mit 10 Thesen zur Demokratie)
auf www.aktionsversand.de.vu.

Unter den verschiedenen Vorschlägen für Rätensysteme fallen ebenfalls diejenigen, welche – Parlamenten oder Regierungen gleich – ohne fortbestehenden Bezug zu ihrer Basis Entscheidungen treffen und durchsetzen können, heraus. Sie stellen formale Machtstrukturen dar, die mit Ideen von Befreiung und horizontaler Gesellschaft wenig gemein haben.

Eines genaueren Blickes bedürfen daher nur die Rätensysteme, die mit den Basisversammlungen verbunden bleiben. In ihnen sind einige Impulse für die Entstehung und Selbstverstärkung von Herrschaft gemildert oder sogar ganz ausgeschaltet. Andere aber verbleiben. Es sind vor allem solche, die erst in neueren Herrschaftsanalysen erkannt wurden. Das legt den Verdacht nahe, dass das Beharren vieler sich herrschaftskritisch gebender Strömungen auf solche Rätensysteme auch mir ihrer bis ins Nostalgische gehenden Verehrung alter Schriften und ihrer AutorInnen einhergeht – eine Debatte um Theorie und Praxis der Emanzipation auf Niveau der heutigen Zeit hat Seltenheitswert.

Daher sollen die Blindflecke der Räte hier kurz benannt werden. Sie gelten immer auch für die noch herrschaftsförmigeren Modelle zentraler Führung oder demokratischer Wahl, die hier wegen ihres auffällig hohen Gehalts an Hierarchie und formaler Macht nicht weiter diskutiert werden.

Elitebildung und Steuerung gesellschaftlicher Abläufe

Gesellschaftliche Eliten, heute vor allem als Funktionseliten in den zentralen Schaltstellen der Beeinflussung formaler und informeller Macht, bilden sich immer – auch unabhängig von den offiziellen Hierarchien. Angesichts erheblicher personeller Überschneidungen beeinflussen sich Eliten und formale Gremien ständig, meist bilden sie eine Handlungs- oder

Interesseneinheit. Das gibt ihnen erheblichen Einfluss auf die Geschehnisse in der Gesellschaft.

Räte können dieses Problem nicht lösen. Wer in privilegierter Stellung ist, hat bessere Chancen, als Delegierter bestimmt zu werden. Er/sie kann sich mit mehr Ressourcen um diese Amt bewerben, hat im Amt dann mehr Handlungsoptionen und kann die Machtpotentiale von Amt und Elite miteinander verknüpfen.

Zudem beeinflussen Eliten die Diskurse mehr als andere. Diese wirken wiederum auf die Räte. Schließlich ist ja deren Aufgabe, die Meinung der Vielen einzufangen, die aber in einer diskursiv vermachteten Gesellschaft nicht die Vielfalt der Meinungen Einzelner, sondern die diskursiv geprägte Meinung der scheinbaren Gesamtheit ist. Jedes Gremium, ob nun Rat oder Parlament, wird von den dominanten Deutungen und Wertungen beeinflusst – mitunter sogar besonders stark, wenn es auf eine Basiskoppelung achten muss statt in einer abgeschirmten eigenen Welt zu agieren.

Privilegien und Hierarchien schaffen den Typus des Machtmenschen

Es wäre geradezu geschichtslos, davon auszugehen, dass guter Wille allein reicht, um Menschen an ihre Ideale zu binden. Vor allem übersieht eine solche rosarote Brille die Eigendynamik der Selbstvergewisserung, die auf den Ebenen von Elite und entscheidungskompetenten Gremien vorherrscht. Es bedarf keines spürbaren Schrittes vom guten Willen zum Missbrauch der Macht, sondern die Übergänge sind fließend und eingebettet in das beruhigende Gemeinschaftsgefühl, einer unter vielen zu sein, die in den Sphären der Macht so ticken und sich in gleiche Richtungen verändern. So ist die Veränderung kaum noch spürbar.

Janet Biehl (1998): Der Libertäre Kommunalismus (S. 11 und 118)

Einmal im Besitz staatlicher Amtsgewalt, verloren überzeugte Sozialisten, Kommunisten, ja selbst Anarchisten ihre moralische und politische Integrität. Diese „Rück-Bildung“ ist wirklich die Regel; sie ist vorhersehbar und anscheinend unvermeidlich.

Definitionsmacht über die Interpretation des Geschehens

Imperatives Mandat und Basiskopplung sind stumpfe Schwerter, denn die Basis kann die Einhaltung nicht selbst kontrollieren. Bei öffentlichen Sitzungen der Räte oder Live-Übertragungen mit neuesten Techniken ist das vielleicht noch Einigen möglich, die ausreichende Zeit haben (also je nach gesellschaftlichen Verhältnissen vielleicht wieder nur die Privilegierten). Ansonsten sind die, die eineN DelegierteN entsandt haben, vor allem auf deren eigene Schilderung angewiesen. Protokolle oder Berichte anderer Beteiligten können ebenso von Interessen gesteuert sein wie von der gemeinsamen Anstrengung aller Delegierte, im Amt zu bleiben. So werden sie – bei aller Konkurrenz im Entscheidungskampf – ein Interesse haben, die Legitimation des Rates aufrechtzuerhalten.

Privilegien zumindest auf Zeit

Selbst wenn der Mechanismus des imperativen Mandates und der jederzeitigen Abwählbarkeit funktionieren würde, weil die diskursive Steuerung der Wahrnehmung von Ratsdebatten nicht so stark prägt, wäre die Mitarbeit im Rat dennoch ein Privileg auf Zeit. Denn allein

die Kontakte zu anderen Personen und Räten, die dort geknüpft werden können, meist aber auch der bessere Zugang zu Wissen und Ressourcen schafft mehr Unterschied zu der „Basis“ als das bloße Dasein als DelegierteR.

Praktisch haben die beiden vorgenannten Punkte erhebliche Auswirkungen. Wenn heute in politischen Bewegungen, wo Basisdemokratie hoch im Kurs steht (z.B. bei bürgerlichen und – das Wort wird da etwas seltsam benutzt – anarchistischen Gewaltfreien), Bezugsgruppen und SprecherInnenräte gebildet werden, so dient das praktisch der optimierten Weitergabe von zentralen Entscheidungen an die Basis, und nicht umgekehrt. Denn neben dieser Rätestruktur existieren die informellen Eliten, die ihre Vorschläge in den SprecherInnenrat einbringen. Ihre steuernde Macht reicht fast immer, um sich auch durchzusetzen, so dass dann der als basisdemokratisch verschleierte Rückfluss der Informationen in die Bezugsgruppen eine perfekt funktionierende Befehlskette von oben nach unten bedeutet. Selten fällt das auf, weil ja scheinbar alle die gleichen Möglichkeiten besitzen.

Innen und Außen müssen definiert sein

Wenn Räte auf Basisversammlungen fußen, wie es in der Basisdemokratie ja der Fall ist, dann tragen sie die gesamte Problematik der Demokratie mit sich. Denn deren Entscheidungskultur ist mitnichten frei von Herrschaftsförmigkeit. In jedem Fall aber bedarf sie der Definition einer Basiseinheit, dem „demos“. Aber wie kommt die Abstimmungsgrundeinheit zusammen? Ein Verfahren dazu kann nicht basisdemokratisch gemeinsam entwickelt und beschlossen werden, denn zum Prozedere der Basisdemokratie gehört die Existenz des „demos“, also der Abstimmungsgemeinschaft, bereits dazu. Wer abstimmen darf und wer nicht, muss vorher feststehen – erst recht, wenn auch noch Konsensverfahren angewendet werden, d.h. jede einzelne Person über Vetorechte verfügt.

Die offene Frage der Macht: Was tun mit Abweichung?

Ebenfalls gar nicht erklärt das Modell der Räte die Frage der Durchsetzung von Macht. Zwar lässt sich verklärend behaupten, die Prozesse liefen ja einvernehmlich, also bedürfte es keiner Durchsetzung. Aber das ist nicht nur weltfremd hinsichtlich immer existierenden Desinteresses an Detailfragen, der Verhinderung zur Teilnahme an Debatten oder der späteren Geburt bzw. dem späteren Hinzukommen zu einer Debatte. Es blendet auch aus, dass gleiche Beschlüsse durchaus von den Beteiligten unterschiedlich aufgefasst worden sein können – was sich erst im Zuge der Umsetzung zeigt.

In den Vorschlägen für Konsensverfahren zeigen sich die Probleme: Wenn jemand ein Veto einlegt und – wir nehmen mal gutmütig an, dass so etwas passiert – auch nach mehreren Einigungsversuchen dabei bleibt, ist eines der Modelle, dass die Person dann die Gruppe verlässt. Bei einer Theater-AG oder Politgruppe ist das ja denkbar, aber nicht bei der Basiseinheit der Gesellschaft. Denn austreten aus der Gesellschaft ist nicht möglich. Es bliebe also bei der Diskrepanz. Was nun tun? Braucht jeder Rat eine Polizeitruppe? Und vielleicht auch noch ein Verwaltungsgericht, um nicht hinter die Standards der doch ziemlich herrschaftsförmigen bürgerlichen Demokratie zurückzufallen?

Aus einer Debatte auf der Hoppetosse-Mailingliste

Noch was: wie soll denn nun deiner Meinung nach mit Menschen in einer Radikaldiktatur der Mehrheit über die Minderheit (sorry, Radikaldemokratie natürlich ;-)) umgegangen werden, die sich doch glatt nicht der gesamtgesellschaftlichen Entscheidung beugen wollen – das sich ihr immer alle fügen halte ich doch für eher unwahrscheinlich? „Notfalls“ dann vielleicht doch Panzer, Knäste etc.?

Antwort: tja, gute frage. notfalls vielleicht schon?

Perspektiven

Das Modell der Räte war ein gedanklicher Schritt in die richtige Richtung. Aber kein ausreichender, vielmehr ein eher sehr zögerlicher. Allerdings braucht das Modell nicht vollständig auf dem Müllhaufen autoritärer Gesellschaftsideen entsorgt werden, sondern kann mit den Ideen von Horizontalität, offenen Systemen und Hierarchielosigkeit verbunden werden.

Dann ergibt sich, dass die Koordinierung und Kooperation durch ein horizontales Netz von Interessierten- und Betroffenenräten erfolgen kann – wobei der Begriff des Rates austauschbar ist. Denn die einzelnen Runden haben keinerlei Legitimation oder Entscheidungskompetenz. Sie bestehen nicht aus Delegierten einer darunterliegenden Ebene (keine Macht- oder Delegationspyramide), d.h. sie können sich auch nicht darauf berufen, sondern existieren aus eigenem Entschluss. Die Teilnahme an einer jeden Runde erfolgt durch Selbstdefinierung. Wer betroffen oder interessiert ist, kann nicht von Außen entschieden werden, sondern durch die Beteiligten selbst. Um vorhandene Unterschiede an der Möglichkeit der Teilnahme abzubauen, werden soziale Innovationen nötig sein, die die tatsächliche Einbeziehung aller daran Interessierten sichern.

Ob eine Runde ein lokales, regionales oder globales Problem anpackt, ist ihre eigene Sache. Sie erhebt sich aber in keinem Fall damit über andere Gruppen. Jede Koordinierung ist wieder ein eigenes Projekt, also kein Überbau. Wenn also zwei Orte ihre Wasserversorgung planen und eine dritte Runde Ideen sammelt, wie eine Kooperation möglich ist, so kann diese auch zum Teil aus gleichen Personen bestehen, hat aber kein übergeordnetes Mandat, sondern ist eine Ideenrunde neben den anderen.

Ein übergreifender Vorschlag setzt sich nicht per übergeordneter Versammlung, sondern über direkte Akzeptanz durch. Daher können alle Zusammenkünfte, ob nun als Räte bezeichnet oder anders horizontal zueinander stehen. Alle haben die gleichen Möglichkeiten. Niemand ist mittels eines Mandats Mitglied der Runde, sondern jede Runde ist offen für alle.

Keiner zentralen Planung bedürfen Kommunikation und Kooperationsanbahnung zwischen den vielen Runden. Sie ist Sache der Runden selbst oder speziell dazu entstehender Räte, Gruppen, Projekte oder was auch immer. Sie bilden ebenso keinen Überbau, sondern ihre Ideen zur Vernetzung sind so erfolgreich, wie sie auf Akzeptanz stoßen. Der Vorteil, der durch Informationsflüsse, Kooperation, Wissens- und Ressourcenteilung entsteht, ist so offensichtlich, dass es ausreichend oft zur Vernetzung kommen wird. Die Verluste durch eine zentrale Steuerung wären viel größer als die durch das Herausfallen einzelner Runden aus Kooperation und Kommunikation.

Solches gilt auch für Medien aller Art (einschließlich Internet). Es bedarf keiner Kontrolle und keiner zentraler Organisierung. Sie werden entstehen. Wie sie agieren, ist ihre Sache.

Sie dürfen keinen Überbau bilden, sondern sind ein Projekt in der Vielfalt. Aus eigenem Interesse werden sie sich vielfach verknoten und so selbst einen Baustein von Kommunikation und Kooperationsanbahnung bilden. Einige werden stark interessengeleitet sein – aber eine Kontrolle würde auch hier viel stärker das Ganze ausbremsen als die Akzeptanz der Unterschiedlichkeit, die auch Einseitigkeiten als Teil einer Vielfalt lässig ertragen kann.

Praktische Möglichkeiten

Bisherige Experimente im großen Maßstab fehlen. Einige Fälle überregionaler Kooperation scheinen überraschend nahe dran an der Idee offener sozialer Räume. Sie sind chaotischer und weniger durch die jeweiligen Zentralen geprägt als es wirkt – z.B. die Entstehung der Eisenbahnnetze oder, ein besonders beeindruckendes Beispiel, des Internets als Kooperation unzähliger Knotenpunkte (Rechner).

In konkreten Gruppen haben Verfahren wie Open Space die Idee der Horizontalität aller AkteurInnen bei intensiver Kommunikation und Kooperationsanbahnung verwirklicht. Das Weltsozialforum war ein Versuch, ohne zentrale Steuerung Begegnung, Austausch und Kooperation zu fördern – im übrigen hart bekämpft durch die Eliten politischer Parteien und Organisationen, die eigene Interessen verfolgten und hegemonial durchsetzen wollten. Was in einem offenen Raum nicht geht.

Wo auch immer Gremien geschaffen werden, helfen zumindest zwei Methoden, informelle Macht zu verringern: Rotation und Losverfahren. Ersteres bedeutet, dass keine Person, die mit einer Aufgabe formal betraut ist, sich Gedanken machen muss, wie dieser Status auf Dauer gesichert werden kann. Ein zentrales Motiv zur Manipulation der Wahrnehmung eigener Tätigkeit fällt damit weg. Zweiteres heißt, dass formale Posten nicht per Abstimmung, sondern per Los in zufälliger Auswahl aus Allen besetzt werden. Damit fällt auch vor der Besetzung von Ämtern ein Motiv der Manipulation weg, ebenso die Suche nach Verbündeten und das Ausstechen potentieller KonkurrentInnen. Es ist erstaunlich, dass die Idee von Losverfahren in den geschichtlichen Anfängen zumindest der europäischen Demokratie, nämlich im Griechenland vor über 2000 Jahren, zwar ein zentraler Mechanismus war, dieses aber in der heutigen Darstellung demokratischer Verfahren verschwiegen wird – sicherlich nicht zufällig.

Mut zur Offenheit

Vieles klingt kompliziert – und das ist es auch. Aber genau deshalb passt es zum Menschen. Wie in seinem Kopf selbst, so bildet die Gesellschaft eine dynamische Vielfalt an Verbindungen, Kooperationen, Kommunikationsflüssen, die alle horizontal zueinander stehen. Das Ganze wird umso besser klappen, je transparenter die Abläufe sind, je einfacher Menschen sich beteiligen und Ressourcen nutzen können. Es wird zudem umso produktiver sein, je weniger Energie in Kontrolle und Hegemonialkämpfe gesetzt wird – optimalerweise sollten Kommunikation und Kooperationsanbahnung neben der Entwicklung und Verwirklichung von Ideen die prägenden Aktivitätsfelder sein.